

STATISTISCHES BUNDESAMT

PROTOKOLL

über die

4. Tagung des Statistischen Beirats

14. und 15. März 1957 — Wiesbaden

STATISTISCHES BUNDESAMT

Über die 4. Tagung des Statistischen Beirats
am 14. und 15. März 1957 in Wiesbaden

Aktende

Vorsitzender: Dr. Furet

Statistisches Bundesamt

Wiesbaden

1. Vertreter der Bundesministerien:

Herrn Dr. Stock

Ministerium für Wirtschaftswissenschaften

Wiesbaden

PROTOKOLL

Herrn Graf v. Posadowsky

Ministerium für Wirtschaftswissenschaften

Wiesbaden

über die

4. Tagung des Statistischen Beirats

Herrn Heim

Herrn Bonn

Herrn v. Roeder

Herrn Hübner

Herrn Luyken

Herrn Kretschmann

Herrn Adler

Herrn Schmidt

Herrn Müller

Herrn Langrock

Herrn Bessen

Herrn Brandl

Herrn Drechsler

Herrn Brandl

Herrn Brandl

Herrn Brandl

Herrn Brandl

Herrn Brandl

Herrn Brandl

Herrn Brandl

Herrn Brandl

Herrn Brandl

Herrn Brandl

Herrn Brandl

Herrn Brandl

Herrn Brandl

Herrn Brandl

Herrn Brandl

14. und 15. März 1957 - Wiesbaden

Herrn Horn

Herrn Urban

Herrn Kraus

Herrn Teteloff

Herrn Jacobs

Ministerium für Wirtschaftswissenschaften

Statistisches Bundesamt

Wiesbaden

Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt

P r o t o k o l l

über die 4. Tagung des Statistischen Beirats
am 14. und 15. März 1957 in Wiesbaden

A n w e s e n d e :

=====

Präsident Dr. Fürst
 (als Vorsitzender)

Statistisches Bundesamt

Wiesbaden

A. Vertreter der Bundesministerien:

Frau Dr. Stock	Bundesmin.f.wirtschaftliche Zusammenarbeit	Bad Godesberg
Dr. Graf v. Posadowsky- Wehner	Auswärtiges Amt	Bonn
Dr. Heim	Bundesmin.d.Innern	"
Dr. Bonus	Bundesmin.d.Finanzen	"
Dr. v. Roeder	" f.Wirtschaft	"
Dr. Häfner	" f.Ernährung, Landw. und Forsten	"
Bantzer	" " "	"
Dr. Luyken	" f.Arbeit	"
Kretschmann	" f.Vertheidigung	"
Dr. Adler	" " "	"
P.Schmidt	" f.Verkehr	"
Müller	" f.d.Post- und Fernmel- dewesen	"
Arlt	" " " " "	"
Dr. Langrock	" f.Wohnungsbau	Bad Godesberg
Dr. Essen	" f.Vertriebene, Flücht- linge und Kriegsgeschä- digte	Bonn
Frau Dr. Drechsler	" f.gesamtdeutsche Fragen	"
Dr. Brandl	" f.Atomfragen	"
Mayr	Bundesrechnungshof	Frankfurt a.M.

B. Vertreter der Statistischen Landesämter

Dr. Horn	Stat.Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel-Wik
Dr. Urban	Stat.Landesamt	Hamburg
Dr. Kraus	Nieders.Amt f. Landesplanung und Statistik	Hannover
Dr. Tetzlaff	Stat.Landesamt	Bremen
Frau Dr. Jacobs	" " "	"

Chandon	Stat.Landesamt Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Schweda	" " " "	"
Dr. Hüfner	Hess.Stat.Landesamt	Wiesbaden
Dr. Nellessen	Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Dr. Jostock	" " Baden-Württemberg	Stuttgart
Dr. Wagner	Bayerisches Stat.Landesamt	München
Zopfy	" " "	"
Dr. Götz	Stat.Amt des Saarlandes	Saarbrücken
Dr. Schlier	Stat.Landesamt Berlin	Berlin
Dr. Disse	Handelsstat.Amt Hamburg	Hamburg

C. Vertreter der Verbände und Organisationen:

Dr. Mewes	Deutscher Städtetag	Braunschweig
Dr. Buhrow	" "	Köln
Hacker	Deutscher Landkreistag	Siegburg
Dr. Schmidt	Deutscher Städtebund	Düsseldorf
Dr. Cholewa	Deutscher Gemeindetag	Bad Godesberg
Dr. Behrens	Bundesverband der Deutschen Industrie	Köln
Prof.Dr. Herrmann	" " " " "	"
Dr. Degenhardt	" " " " "	Frankfurt a.M.
Dr. Hartmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Schünemann	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Bonn
Dr. Grosse	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels	Köln
Dr. Frerichs	Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels	Bonn
Dr. Harting	Gesamtverband der Versicherungswirtschaft e.V.	Köln
Sardemann	Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)	Frankfurt a.M.
Dr. Spiegelhalter	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Köln
Lichtenstein	Ständige Konferenz der Hauptgeschäfts-führer der Verbände des Verkehrs	Essen
Prof.Dr. Gleitze	Wirtschaftswissenschaftl.Institut der Gewerkschaften	Köln
Dr. Schröder-Brzosniowsky	" " " " "	"
Gieseler	Deutscher Beamtenbund	Bonn
Dr. Hanstein	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute	"
Dr. Grünig	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	Berlin
Dr. Bischoff	Verein Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.	Essen

D. Landesregierungen

Frau Dr. Marizy	Ministerpräsident Hessen - Staatskanzlei -	Wiesbaden
Altschuh	Ministerpräsident Rheinland- Pfalz - Staatskanzlei -	Mainz
Schmidt	Senator für Inneres	Berlin

E. Statistisches Bundesamt

Abt. Z	Dr. Müllenmeister Mengert	Abt.V	Dr. Mustroph
Abt. I	Dr. Szameitat Raapke Skiebe Röpke Dr. Dennukat Prof.Dr.Dr. Koller Thiel Dr. Reepschlaeger	Abt.VI	Dr. Deneffe Dr. Keller Katsch
Abt. II	Dr. Bartels Dr. Spilker Dr. Raabe Dr. Schörry Grallert Dr. Schulz Dr. Jacobi	Abt.VII	Dr. Herrmann Weyershäuser Dr. Heine Dr. Goerke Dr. Schultze Dr. Berndsen Dr. Freund
Abt. III	Dr. Rauterberg Dr. Rosemann Dr. Diegel	Abt.VIII	Dr. Horstmann Dr. K.Schwarz Dr. Sperling Dr. Schubnell
Abt. IV	Dr. Werner Reichenbach Dr. Anton Dr. Flöter		

T a g e s o r d n u n g

1. Sitzungstag

Zählungsprogramm 1960

I. Allgemeine Überlegungen

1. Die heutige Aufgabe von Großzählungen
2. Dringlichkeit der grundsätzlichen Entscheidungen über das Zählungswerk
3. Organisations- und Kostenfragen, Zeitplan
4. Aufbau des Zählungswerks und Zusammenhänge zwischen den Zählungsteilen

II. Zählung der Personen, Familien und privaten Haushalte

A. Zählung der Personen

1. Der Bevölkerungsbegriff
2. Demographische Merkmale
3. Wirtschaftliche und soziale Merkmale
 - a) Teilnahme am Erwerbsleben
 - b) Beruf und berufliche Ausbildung
 - c) Gliederung nach Wirtschaftszweigen
 - d) Gliederung nach der sozialen Stellung und "sozio-ökonomische" Gruppierungen

B. Zählung der Familien und Haushalte

1. Die Familie im biologischen Sinne
2. Die zusammenlebende Familie
3. Die Haushalte

III. Die Zählung der Gebäude, Wohnungen und der Wohnverhältnisse der Haushalte

IV. Betriebs- oder Arbeitsstättenzählung

A. Allgemeine Probleme

1. Erhebungs- und Darstellungseinheit
2. Gliederung nach Wirtschaftsbereichen

B. Die allgemeine Arbeitsstättenzählung

1. Aufgaben
2. Umfang der Fragestellung

C. Sonderzählungen

1. Landwirtschaft
2. Industrie
3. Handwerk
4. Bauhauptgewerbe
5. Handel
6. Verkehr
7. Öffentlicher Bereich
8. Übrige Bereiche

V. Organisation der weiteren Arbeiten

A. Allgemeine Überlegungen: Beirat (jährlicher Bericht über Stand der Vorarbeiten)

B. Im Rahmen der Richtlinien des allgemeinen Programms:

1. Zählung der Personen, Familien und Haushalte:
Fachausschuß Bevölkerungsstatistik
2. Zählung der Gebäude, Wohnungen und Wohnverhältnisse:
Fachausschuß Wohnungs- und Baustatistik
3. Betriebs- oder Arbeitsstättenzählung:
Einsetzung eines Arbeitskreises
Arbeitsstättenzählung
4. Landwirtschaftliche Betriebszählung:
Fachausschuß Landwirtschaftsstatistik

2. Sitzungstag

Fragen der Amtsarbeit

Im folgenden werden lediglich die Hauptabschnitte wiedergegeben. Die spezifizierte Tagesordnung, wie sie der Diskussion zugrundelag, bitten wir, dem als Besprechungsunterlage versandten Bericht des Statistischen Bundesamtes zu entnehmen.

A. Allgemeiner Teil

- I. Organisations- und Rechtsfragen der Bundesstatistik
- II. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in nationalen Organisationen und Ausschüssen
- III. Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an internationalen Organisationen und Tagungen

B. Berichte der Abteilungen

über wichtige Probleme ihres Arbeitsgebietes

- I. Allgemeine Organisation der Statistik
- II. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Allgemeine Auslandsstatistik
- III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik
- IV. Industrie- und Handwerksstatistik
- V. Handels- und Verkehrsstatistik
- VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik
- VII. Finanz- und Steuerstatistik
- VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

Wortlaut des Protokolls:

=====

1. Sitzungstag (14. März 1957)

Präsident Dr. Fürst eröffnet als Vorsitzender die 4. Tagung des Statistischen Beirats und gedenkt einleitend des am 4. Dezember 1956 verstorbenen Leiters des Statistischen Landesamtes Berlin, Professor Dr. Kürbs. Er begrüßt anschließend die Mitglieder und Gäste und stellt die seit der letzten Tagung neu hinzugekommenen Mitglieder vor, zu denen erstmalig auch der Vertreter des Saarlandes zählt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Vorsitzende darauf hin, daß die diesjährige Tagung vor allem der ausführlichen Diskussion des Zählungsprogramms 1960 dienen soll, um den zuständigen Fachausschüssen verbindliche Richtlinien für die weitere Vorbereitung der Zählung geben zu können. Am 2. Sitzungstag sollen - wie bei den früheren Tagungen - die im letzten Jahr abgeschlossenen Arbeiten des Amtes sowie die laufenden und künftigen Aufgaben und Probleme vom Beirat auf Grund des als Besprechungsunterlage versandten Amtsberichtes diskutiert werden.

Bei der Vielzahl der Aufgaben und Probleme ist eine erschöpfende Behandlung in einer zweitägigen Sitzung nicht möglich. Es wird daher zur Vereinfachung des Tagungsablaufs in allen Fällen, in denen keine Wortmeldungen erfolgen, bzw. die Diskussion keine von den Besprechungsunterlagen abweichende Auffassung ergibt, das Einverständnis des Beirats mit den hierin enthaltenen Ausführungen angenommen werden.

Zählungsprogramm 1960

I. Allgemeine Überlegungen

Bei allen Überlegungen wird, wie der Vorsitzende einleitend ausführt, davon auszugehen sein, daß das Programm einer Großzählung heute nicht mehr isoliert betrachtet werden kann. Es muß als Teil des gesamten statistischen Programms angesehen werden und soll Erkenntnisse vermitteln, die sich in die vorhandenen sta-

tistischen Ergebnisse einfügen lassen. Entscheidend für die Festlegung des Zählungsprogramms ist die Notwendigkeit der Kenntnis eines Tatbestandes. Bei der Aufstellung des Zählungsprogramms wird aber auch die Kostenfrage zu berücksichtigen sein. Die Durchführung eines Zählungswerkes nach dem Programm von 1950 würde heute bereits rund 91 Mill. DM erfordern.

Zur Verknüpfung des deutschen Zensus mit dem internationalen Zählungsprogramm weist der Vorsitzende darauf hin, daß entscheidende Rückwirkungen auf unser Programm nicht zu erwarten sind, da die hierfür gestellten Anforderungen von uns ohne größere Schwierigkeiten erfüllt werden können.

Die Vorstellungen des Statistischen Bundesamtes über den voraussichtlichen Zeitplan gehen davon aus, daß das Zählungsgesetz - allein schon wegen der haushaltsmäßigen Konsequenzen - etwa im Herbst, spätestens im Winter 1959 verkündet werden muß, wenn die ordnungsmäßige Vorbereitung und Durchführung der Zählung gewährleistet sein soll. Da die Behandlung eines derartigen Gesetzes in den Koordinierungsausschüssen und in den gesetzgebenden Körperschaften erfahrungsgemäß etwa 1 ¹/₂ Jahre in Anspruch nehmen dürfte, verbleibt für die Vorbereitungsarbeiten in den Fachausschüssen bis zur Festlegung des Fragenprogramms nur noch etwas mehr als ein Jahr. Das Zählungsprogramm muß bis zum Sommer 1958 vorliegen. Die Beratung in den Fachausschüssen muß also mit Nachdruck begonnen werden. Die grundsätzlichen Überlegungen zum Einsatz einer Großrechenanlage müssen wegen der sehr langen Lieferfristen sogar schon bis zum Frühjahr 1958 abgeschlossen werden, da eine gewisse Zeit benötigt wird, um die Anlage auf ihre Einsatzmöglichkeit speziell für die Aufbereitung der Großzählungen zu erproben (vgl. hierzu auch Abschnitt B I Seite 16/17 des Protokolls).

Zum Aufbau des Zählungswerkes und zu den Zusammenhängen zwischen den Zählungsteilen stellt der Vorsitzende die organisatorischen Gründe und methodischen Überlegungen heraus, die es notwendig erscheinen lassen, Haushalte und Arbeitsstätten zum gleichen Zeitpunkt zu befragen. Neben den Unternehmen und Betrieben der Wirtschaft wird man auch die "Arbeitsstätten" der übrigen Bereiche (Öffentliche Verwaltung, Organisationen ohne Erwerbs-

charakter) erfassen müssen, da hier noch große Lücken im statistischen Gesamtbild vorhanden sind. Die zum Teil aus laufenden Erhebungen anfallenden Ergebnisse über die Organisationen ohne Erwerbscharakter, auf die vom Bundesverband der Deutschen Industrie hingewiesen wird, vermitteln leider kein vollständiges Bild. Eine Beschränkung auf die Betriebe der Wirtschaft wäre auch aus erhebungstechnischen Gründen gefährlich, da es nicht dem Zähler überlassen werden kann zu entscheiden, welche Arbeitsstätten aus der Befragung herauszulassen sind.

II. Zählung der Personen, Familien und privaten Haushalte

Es werden zunächst kurz die besonderen Probleme des Bevölkerungsbegriffes und der demographischen Merkmale der Personen herausgestellt. Der Vertreter des Bundesarbeitsministeriums hält es für notwendig, eine Frage nach der Ausbildung aufzunehmen, um zu besseren Erkenntnissen u.a. auch über die Besetzung der technischen Berufe und ihres Nachwuchses zu kommen. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß gerade diese Fragen jetzt allgemein auftaucht sind und dringend einer Lösung bedürfen. Dieser Ansicht stimmen die Mitglieder des Beirats zu. Es wird allerdings noch allgemein zu überlegen sein, inwieweit die an die gesamte Bevölkerung gehenden Haushaltslisten mit Fragen belastet werden sollen, die nur einen Teil der Befragten betreffen.

Bei der Erfassung der wirtschaftlichen und sozialen Merkmale der Personen stellt sich nach den Erfahrungen der letzten Zählung die Aufgabe, bei der zweifachen Ermittlung der Beschäftigten (über die Haushalte und über die Betriebe), soweit überhaupt möglich, zu vergleichbaren Ergebnissen zu kommen. Gewisse Unterschiede ergeben sich immer dadurch, daß über die Betriebe die Arbeitsplätze und über die Haushalte die einzelnen Erwerbstätigkeiten der Personen (Haupt- und Nebenerwerb) festgestellt werden. Das leider vor allem bei den mithelfenden Familienangehörigen noch recht grobe Bild der Beschäftigtenstatistik muß dadurch verbessert werden, daß versucht wird, die Arbeitsleistung für Betrieb und für Haushalt (Landwirtschaft) klar zu trennen und außerdem die Erwerbstätigkeiten nach ihrem Umfang (Vollbeschäftigte, Teilbeschäftigte nach Arbeitszeit) zu unterscheiden. Es bleibt allerdings zu prüfen, ob die hierfür erforderlichen schwierigen

Fragestellungen in die Totalzählung eingebaut werden sollten oder ob sie besser zusätzlichen repräsentativen Befragungen vorbehalten bleiben. Trotz der Schwierigkeiten, die immer wieder bei der Erfassung der Erwerbstätigen aufgetreten sind, soll alles versucht werden, um dieses gerade in Zeiten der Vollbeschäftigung wichtige Problem im Rahmen der kommenden Großzählung zu lösen. Der Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung macht auf Fragebogen der Familienausgleichskassen aufmerksam, in denen die Befragten detaillierte Angaben über den jeweiligen Anteil ihrer Arbeitszeit zu machen haben. Die Möglichkeit eines entsprechenden Vorgehens in der amtlichen Statistik wird im Zusammenhang mit dem Handelszensus zu überlegen sein und kann evtl. auch beim Mikrozensus einmal erprobt werden. Zum anderen wird in Zukunft aber den Personenkreisen, die noch nicht oder nicht mehr am Erwerbsleben teilnehmen, größere Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen.

Bei der Liste der nachzuweisenden Berufsangaben sollten gewisse Einschränkungsmöglichkeiten gegenüber der letzten Zählung geprüft werden. Dies gilt vor allem für "Berufe", die nicht auf einem nach Ausbildung und Tätigkeit eindeutig und klar abgrenzbaren Berufsbild beruhen, wie dies z.B. bei einem großen Teil der ungelernten Arbeiter der Fall ist. Auch bei der Gliederung der Personen nach Wirtschaftszweigen kann auf eine sehr detaillierte Nachweisung verzichtet werden, da die Angaben in den Haushaltslisten ohnedies ungenau sind und genauere Zahlen bei der Befragung der Betriebe ermittelt werden können. Der Auffassung des Vertreters des Bundesarbeitsministeriums, daß die Bestandsaufnahme einen Überblick über die Verteilung der gelernten Berufe auf die einzelnen Wirtschaftszweige in der Kombination mit dem Alter der Erwerbspersonen geben soll, wird allgemein zugestimmt.

Die Gliederung nach der sozialen Stellung und die sozio-ökonomische Gruppierung der Bevölkerung sollen vor allem gewisse Grundzahlen für die weitere Anwendung dieser Gliederungen in der Bevölkerungsstatistik liefern. Die bei der Zählung 1950 angewandte Gliederung nach der "sozialen Stellung" soll wieder zugrundegelegt und in einzelnen Punkten, z.B. durch Aufgliederung der mithelfenden Familienangehörigen nach der sozialen Gruppe des betreffenden Selbständigen, weiterentwickelt werden.

Der Erfassung der Familien und der Haushalte wird bei kommenden Großzählungen mehr Gewicht als früher beigemessen werden müssen. Dabei wird es notwendig sein, die Begriffe klarer als bisher auseinanderzuhalten und zwischen dem biologischen Familienbegriff, den zusammenlebenden Familien und den Haushalten zu unterscheiden. Es wird eingehend diskutiert, inwieweit die Haushalte auch als Verbrauchsgemeinschaften erfaßt und ob der Bestand und die Anschaffungen langlebiger Gebrauchsgüter ermittelt werden sollen. Es wird auf die Nützlichkeit solcher Zahlen im Zusammenhang mit laufenden Statistiken (z.B. der Wirtschaftsrechnungen oder des Mikrozensus) hingewiesen. Die Frage soll aber erst nach eingehenden weiteren Überlegungen entschieden werden.

Die mit der Zählung der Personen zusammenhängenden Einzelfragen sollen im Fachausschuß Bevölkerungsstatistik behandelt werden. Falls notwendig, kann hierzu der Beirat später noch einmal Stellung nehmen.

III. Die Zählung der Gebäude, Wohnungen und der Wohnverhältnisse der Haushalte

Vom Statistischen Bundesamt wird einleitend darauf hingewiesen, daß eine künftige Gebäude- und Wohnungszählung unter zwei verschiedenen Aspekten gesehen werden muß, dem der Wohnungsnutzung durch die Haushalte und dem der Bewirtschaftung durch die Eigentümer. Zur Zeit ist noch nicht geklärt, welche Ansprüche die Bundesregierung im Rahmen des Zählungswerks 1960 stellen wird, da sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt bis dahin erheblich geändert haben kann.

Für eine Wohnungszählung 1960 sprechen

1. die Möglichkeit, daß die Bundesregierung vor allem Angaben über die regionalen Brennpunkte des Wohnungsbedarfs benötigt, falls der allgemeine Wohnungsbedarf bis dahin weitgehend gedeckt sein sollte,
2. die evtl. Notwendigkeit einer Feststellung der 1960 noch vorhandenen Notwohnungen oder Lager, zumal bis dahin mit gewissen Verschiebungen zwischen den Begriffen "Normalwohnung" und "Notwohnung" gerechnet werden muß,

3. die Absicht, das Auswahlmaterial für die 1962 durchzuführende Zusatzerhebung über den Wohnungsbedarf auf den neuesten Stand zu bringen, falls dies nicht mit Hilfe der Fortschreibung an Hand der Bautätigkeitsstatistik ausreichend genau gelingt.

Dem entgegen stehen

1. die Kostenfrage und die Arbeitsbelastung der Statistischen Ämter,
2. die Tatsache, daß die für die Jahre 1958, 1960 und 1962 vorgesehenen Stichprobenerhebungen über den Wohnungsbedarf unbedingten Vorzug genießen sollen,
3. die Möglichkeit, daß ausreichende Unterlagen über Normalwohnungen aus der Fortschreibung der Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956 ohnehin zur Verfügung stehen.

Wenn auch die Überlegungen über die evtl. Verbindung einer Wohnungszählung mit der Volks- und Berufszählung noch verfrüht erscheinen, wird die Frage wegen der organisatorischen und rechtlichen Vorbereitung des ganzen Zählungswerkes in absehbarer Zeit zu klären sein. Zunächst soll der Fachausschuß feststellen, welches Material über Gebäude und Wohnungen ohnehin aus den Zählungsunterlagen anfällt. Über die evtl. Einführung eines Wohnungsbogens bzw. die Erweiterung der Haushaltsliste durch einige Wohnungsfragen kann entschieden werden, wenn das Wohnungsbauministerium seine Wünsche geäußert hat. Bei der Aufstellung des Programms sollen auch andere einschlägige Erfordernisse berücksichtigt werden, die u.a. auf Angaben über die gewerblichen Zwecken dienenden vermieteten Räume gerichtet sind. Die Arbeitsgemeinschaft Energie ist an der Feststellung der Elektrizitäts-, Gas- und Wasseranschlüsse interessiert.

IV. Betriebs- oder Arbeitsstättenzählung

Das Frageprogramm der Arbeitsstättenzählung muß berücksichtigen, daß zahlreiche Angaben aus laufenden oder einmaligen Erhebungen vorliegen und daß eine Reihe von Fragen, die nur auf einzelne Bereiche abzustellen sind, aus der Hauptzählung herausgelassen werden können. Außerdem sollten bei Strukturhebungen grund-

sätzlich nur Strukturdaten ermittelt werden, während Zahlen über die laufenden Vorgänge in den Institutionen ("flow data", Strömungsgrößen, Bewegungsgrößen, Aufwands- und Ertragsgrößen), wie Umsatz, Produktion, Lohnsummen usw. in erster Linie in den laufenden Statistiken erhoben werden sollten. Es wird zu prüfen sein, in welchem Umfange ggf. solche "Bewegungsgrößen" auch in den Sondererhebungen zu berücksichtigen wären. Gewisse Schwierigkeiten bilden die "Grenzgebiete", bei denen noch zu überlegen ist, ob sie durch Sonderzählungen erhoben oder nur in die allgemeine Zählung einbezogen werden. Der Beirat stimmt der Auffassung zu, eine allgemeine Arbeitsstättenzählung mit sehr stark eingeschränktem Programm als Rahmenerhebung durchzuführen und diese durch Sonderzählungen in einzelnen Bereichen zu ergänzen. Die Sonderzählungen, die zweckmäßigerweise aus organisatorischen Gründen nicht sämtlich zum gleichen Termin wie die allgemeine Arbeitsstättenzählung durchgeführt werden, sollen vor allem diejenigen Bereiche erfassen, in denen in der Zwischenzeit keine einmalige Zählung stattgefunden hat oder keine geeignete laufende Statistik existiert.

Zur Frage der Erhebungs- und Darstellungseinheit weist der Vorsitzende darauf hin, daß viele Gründe, u.a. auch die Vergleichbarkeit mit einer Reihe wichtiger Steuerstatistiken, dafür sprechen, bei der Darstellung vom Unternehmen als der tatsächlich wirtschaftenden Einheit auszugehen. Die örtliche Einheit dient bei der Arbeitsstättenzählung zunächst als Erhebungseinheit, die der Zähler ansprechen kann. Sie wird außerdem als Darstellungseinheit für die regionale Gliederung der Ergebnisse benötigt.

Die Gliederung nach Wirtschaftsbereichen ist über das Zählungswerk 1960 hinaus von grundsätzlicher Bedeutung für alle Statistiken, bei denen wirtschaftende Institutionen erfaßt und in fachlicher Unterteilung nachgewiesen werden. Der Beirat stimmt der Auffassung zu, daß die Wirtschaftsbereiche nicht durch Ausgliederung und Addition der in den Institutionen enthaltenen Funktionen gebildet werden sollen, sondern durch Zuordnung geschlossener Institutionen nach dem Schwerpunkt. Die Feststellung des Schwerpunktes wird noch zu klären sein. Es soll dabei die Auffassung des Unternehmers über seine schwerpunktmäßige Zugehörigkeit zu einem Wirtschaftsbereich berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage der Bildung von Kombinationsklassen zu überlegen. Diese sollen nur dann vorgesehen werden, wenn in Unternehmen über den branchenüblichen und für den Betriebszweck normalerweise notwendigen Rahmen hinaus mehrere Funktionen vereinigt sind, und die Nebenfunktionen bzw. weiteren Funktionen außerdem von solcher Bedeutung sind, daß ihre Hervorhebung allgemein als wünschenswert angesehen wird. In erster Linie ist hierbei an Funktionskombinationen gedacht, die über die Grenze größerer Wirtschaftsbereiche hinausgreifen. Die Feststellung solcher Kombinationen und die Verwendung von Kombinationsklassen wird in erster Linie bei den laufenden Statistiken und den Sonderzählungen erfolgen, da hierfür eine ziemlich detaillierte Fragestellung erforderlich ist. Im Bereich der Industrie werden z.B. Kombinationen aus der laufenden Produktionsstatistik usw. besser erkennbar werden als bei der Arbeitsstättenzählung. Der Bundesverband der Deutschen Industrie, der diese Grundlinie unterstützt, bittet jedoch, nicht zu viele Kombinationen zu bilden. Das Statistische Bundesamt wird unter Berücksichtigung der vorgebrachten Gesichtspunkte eine Diskussionsunterlage ausarbeiten. Außerdem wird bei dieser Gelegenheit auf die bevorstehende Aufgliederung der in der Unternehmenskartei der Industriestatistik erfaßten Firmen hingewiesen und hierfür die Unterstützung der Landesamtsleiter erbeten.

Zur allgemeinen Arbeitsstättenzählung meldet das Bundesarbeitsministerium bestimmte Wünsche für eine Unterteilung der Beschäftigten - etwa nach der Funktion im Betrieb - an. Da diese Angaben für die Industrie leichter im Zusammenhang mit der Industriestatistik zu ermitteln sind und die allgemeine Arbeitsstättenzählung unnötig belasten würden, sollen diese Differenzierungen jedoch in den Sonderzählungen vorgenommen werden. Vom Bayerischen Statistischen Landesamt wird vorgeschlagen zu untersuchen, ob und inwieweit sich diese Fragen in der Zusatzerhebung zum Industriebericht klären lassen.

Die problematische Frage nach dem Umsatz ist bereits mehrfach mit den Landesamtsleitern erörtert worden. Sie soll im Hinblick auf die jährlich vorliegenden umfassenden Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik aus der allgemeinen Zählung herausgelassen und lediglich im Rahmen der Sonderzählungen für bestimmte Bereiche

gestellt werden, in denen Umsatzzahlen aus laufenden Statistiken noch nicht vorliegen.

In der Diskussion über die Sonderzählungen spricht sich der Vertreter des Bundesernährungsministeriums für die Durchführung einer landwirtschaftlichen Betriebszählung im Jahre 1959 im Zusammenhang mit der Bodenbenutzungserhebung aus. Es soll jedoch dafür gesorgt werden, daß die Fragestellung für die Erfassung der Beschäftigten in der Landwirtschaft mit der Volks- und Berufszählung 1960 abgestimmt wird. Zu diesem Zweck wird der Beschäftigtenstand der Landwirtschaft sowohl bei der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1959 als auch bei der Berufszählung 1960 festzustellen sein.

Für den Bereich der Industrie wird ein besonderer Industriezensus nicht für erforderlich gehalten. Zusätzlich benötigte Angaben können durch eine Jahreserhebung oder Zusatzerhebung zum Industriebericht ermittelt werden. Das gleiche gilt für das Bauhauptgewerbe. Das Bundeswirtschaftsministerium unterstützt den Vorschlag des Bundesamtes, durch weitergehende Aufbereitungen der Industrie-statistik in gewissen Abständen Einblicke in die Struktur der Betriebe zu ermöglichen. Die Durchführung solcher Arbeiten war bisher mit Rücksicht auf die Kapazität der Statistischen Landesämter nur in beschränktem Ausmaß möglich.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und das Bundeswirtschaftsministerium bitten, die Vorbereitungen für den Handelszensus so voranzutreiben, daß das Gesetz Anfang der nächsten Legislaturperiode verabschiedet und der Zensus somit im Jahre 1958 durchgeführt werden kann.

Beim Verkehr werden ggf. Anschlußerhebungen durchzuführen sein. Im öffentlichen Bereich ist noch zu klären, ob die zu erwartende Personalstrukturerhebung zeitlich so gelegt werden sollte, daß sie den Charakter einer "Sonderzählung" zur Arbeitsstättenzählung erhält. Dabei würden durch gewisse Ergänzungen auch regionale Ergebnisse anfallen, die mit denen der Arbeitsstättenzählung vereinigt werden können.

Bei der Energiewirtschaft soll versucht werden, eine Kostenstrukturerhebung durchzuführen, da die laufenden Erhebungen u.a. keine ausreichenden Unterlagen für die Sozialproduktsberechnung lie-

fern. Die Notwendigkeit dieser und ggf. weiterer Kostenstrukturerhebungen (in anderen Bereichen) im Rahmen der Arbeitsstättenzählung entfällt, wenn vorher - wie geplant und auf der letzten Beiratstagung von den Vertretern der Wirtschaft bereits angeregt - laufende Kostenstrukturerhebungen in Gang kommen.

In den übrigen Bereichen (z.B. Krankenanstalten, Schulen) soll versucht werden, Fragen nach ökonomisch wichtigen Daten in die laufenden Statistiken einzubauen.

V. Organisation der weiteren Arbeiten

Die Diskussion des Zählungsprogramms 1960 hat folgende allgemeine Überlegungen aufgeworfen:

1. das grundsätzliche Problem der Darstellungseinheit in allen Statistiken,
2. die Frage der Bereichsgliederung in allen Statistiken,
3. die Frage der weiteren Behandlung der Unternehmens- und Betriebsstruktur für alle Statistiken.

Diese grundsätzlichen Fragen, die sich auf das Zählungsprogramm auswirken, dessen Rahmen jedoch weit überschreiten, sollen nicht in den Fachausschüssen, sondern im Beirat selbst diskutiert werden. Das gleiche gilt für die grundsätzlichen Probleme der Arbeitsstätten-systematik, die nicht nur im Zusammenhang mit der Arbeitsstättenzählung gesehen werden darf. Nach Abschluß der Vorbereitungsarbeiten wird das Statistische Bundesamt den Beirat bitten, sich mit diesen allgemeinen Überlegungen - wenn irgend möglich Ende 1957 - noch einmal zu befassen. Der Vorsitzende bittet, dafür Sorge zu tragen, daß die heute im Beirat verbindlich festgelegten Grundsätze bei den weiteren Vorbereitungen beachtet werden.

Entsprechend dem Vorschlag in der Tagesordnung sollen die weiteren Vorarbeiten im Rahmen der jetzt vorliegenden Richtlinien von den folgenden Gremien übernommen werden:

1. Fachausschuß Bevölkerungsstatistik
für die Zählung der Personen, Familien und Haushalte;
2. Fachausschuß Wohnungs- und Baustatistik
für die Zählung der Gebäude, Wohnungen und Wohnverhältnisse;

3. Arbeitskreis Arbeitsstättenzählung

für die allgemeine Betriebs- oder Arbeitsstättenzählung (die Sonderzählungen werden von den jeweils zuständigen Fachausschüssen behandelt);

4. Fachausschuß Landwirtschaftsstatistik

für die landwirtschaftliche Betriebszählung.

Die Beiratsmitglieder werden grundsätzlich zur Beteiligung an den Ausschüßarbeiten aufgefordert.

Auf Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bayerischen Statistischen Landesamtes wird in Aussicht genommen, die grundsätzlichen Fragen der Arbeitsstätten-systematik in einem kleinen Gremium zu besprechen, an dem sich u.a. je ein Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums, des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie beteiligen. Der Fachausschuß Systematiken wird sich mit den Fragen der Systematik beschäftigen, soweit und sobald dies nach Klärung der Grundsatzpunkte möglich ist.

(Seiten 5 bis 9 des Berichts)

Der derzeitige unbefriedigende Stand bei der Schaffung von Rechtsgrundlagen (S. 6/7) für das laufende statistische Programm wirft die Frage auf, ob evtl. an eine nochmalige Verlängerung der in § 16 des StatGes festgelegten Frist gedacht werden muß. Der Vertreter des Bundesinnenministeriums weist auf die geringen Aussichten hin, die für die Behandlung eines entsprechenden Änderungs-gesetzes in den gesetzgebenden Körperschaften bestehen. Den Ressorts werden deshalb gebeten, die Vorbereitungsarbeiten an den noch ausstehenden Gesetzesentwürfen zu beschleunigen. Im übrigen soll diese Frage noch einmal auf einer Ressortkonferenz im März 1957 erörtert und dabei entschieden werden, ob die Einarbeitung eines Änderungsgesetzes - als ultima ratio - unumgänglich ist. Bei der Schaffung von Rechtsverordnungen sind größere Schwierigkeiten nicht zu befürchten, da diese unabhängig von Bundestag verlängert werden können.

Unter Hinweis auf die in der Besprechungsunterlage enthaltenen "Kritischen Bemerkungen zum StatGes" (S. 7/9) legt das Statistische

2. Sitzungstag (15. März 1957)

Der Vorsitzende weist einleitend auf den zur Diskussion stehenden Bericht des Statistischen Bundesamtes hin, der den Beirat über die wichtigsten Fragen der Amtsarbeit unterrichtet. Es wird grundsätzlich auf die Wiedergabe der einzelnen Abschnitte und Punkte des Berichts verzichtet. Die Diskussion wird wegen der kurzen Zeit und der großen Zahl von Fachgebieten auf diejenigen Punkte beschränkt, zu denen von den Beiratsmitgliedern oder vom Statistischen Bundesamt eine Stellungnahme oder Erläuterung gewünscht wird. Entsprechend soll auch das Protokoll nur die ergänzenden Ausführungen und die Ergebnisse der Diskussion enthalten, ohne Einzelheiten des Berichts zu wiederholen. Um den Zusammenhang des Protokolls mit dem Amtsbericht zu gewährleisten, wurde bei den Überschriften jeweils auf die entsprechenden Kapitel verwiesen.

A. Allgemeiner Teil

I. Organisation und Rechtsfragen der Bundesstatistik
(Seiten 5 bis 9 des Berichts)

Der derzeitige unbefriedigende Stand bei der Schaffung von Rechtsgrundlagen (S. 6/7) für das laufende statistische Programm wirft die Frage auf, ob evtl. an eine nochmalige Verlängerung der im § 16 des StatGes festgelegten Frist gedacht werden muß. Der Vertreter des Bundesinnenministeriums weist auf die geringen Aussichten hin, die für die Behandlung eines entsprechenden Änderungsgesetzes in den gesetzgebenden Körperschaften bestehen. Die Ressorts werden deshalb gebeten, die Vorbereitungsarbeiten an den noch ausstehenden Gesetzentwürfen zu beschleunigen. Im übrigen soll diese Frage noch einmal auf einer Ressortbesprechung am 26.3. 1957 erörtert und dabei entschieden werden, ob die Einbringung eines Änderungsgesetzes - als ultima ratio - unumgänglich ist. Bei der Schaffung von Rechtsverordnungen sind größere Schwierigkeiten nicht zu befürchten, da diese unabhängig vom Bundestag verlängert werden können.

Unter Hinweis auf die in der Besprechungsunterlage enthaltenen "Kritischen Bemerkungen zum StatGes" (S.7/9) legt das Statistische

Bundesamt an Hand von Beispielen noch einmal dar, warum einige Bestimmungen des StatGes, die sich als besondere Erschwerung für die amtliche Statistik oder unnötige Belastung des Gesetzgebers erwiesen haben, geändert werden sollten. Hierzu weist auch der Vertreter des Statistischen Landesamtes Bremen darauf hin, daß die Statistischen Ämter durch die einengenden Rechtsvorschriften oft nicht in der Lage sind, die für die Durchführung wichtiger Gesetze notwendigen Unterlagen zu liefern. Nach Ansicht des Vertreters des Bundesfinanzministeriums wird eine Heraufsetzung der Kostengrenze bei Rechtsverordnungen auf über 500 000,- DM nicht die Unterstützung seines Hauses finden. Der Vertreter des Bundesinnenministeriums sieht am ehesten die Möglichkeit, die bisherige Geltungsdauer für Rechtsverordnungen heraufzusetzen. Die Angelegenheit soll ebenfalls auf der bevorstehenden Ressortbesprechung am 26. März behandelt werden. Vor einer erneuten Erörterung der Rechtsgrundlagen für freiwillige Statistiken wird es zweckmäßig sein, an Hand von Beispielen auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die der amtlichen Statistik durch die Rechtslage nach dem StatGes entstanden sind, wonach auch für jede Bundesstatistik auf freiwilliger Basis eine Rechtsgrundlage erforderlich ist.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie weist auf die Beurteilung der Statistik in der Öffentlichkeit sowie auf die Kleine Anfrage der FDP hin. Der Vertreter des Bundesinnenministeriums erklärt, daß die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die FDP-Anfrage u.a. eindeutig auf die Notwendigkeit aller angeordneten Statistiken und die Unmöglichkeit hingewiesen hat, jede neue Erhebung mit der Einstellung einer alten Statistik zu kompensieren. Er bittet zu überlegen, ob nicht die Amtsleiter einmal mit einer "Apologie der Statistik" vor die Öffentlichkeit treten können.

II. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in nationalen Organisationen und Ausschüssen (Seiten 9 bis 11)

Das Statistische Bundesamt fügt den Ausführungen über die Arbeiten des Interministeriellen Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Bilanzen" (S.9) einige ergänzende Bemerkungen über die Möglichkeiten und die Problematik der Vorausschätzung des Sozialprodukts hinzu. Die Frage der Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und der Vorausschätzung der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung ist in der letzten Zeit an verschiedenen

Stellen (außer bei den Ministerien und der OEEC auch bei der Montanunion, im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, im Bundestag durch einen Antrag der SPD, beim Ifo-Institut usw.) unter verschiedenen Bezeichnungen (u.a. auch Nationalbudget, langfristige Projektionen usw.) aufgeworfen worden. Veranlaßt wurde die Erörterung dieser Fragen vor allem durch das Bestreben, bessere Unterlagen für die Wirtschaftsbeobachtung und die gegenwärtige und zukünftige Wirtschafts- und Unternehmenspolitik zu schaffen und damit die Diskussion über die wirtschaftlichen Probleme zu "versachlichen".

In diesem Zusammenhang sind zwei Aufgaben zu unterscheiden, nämlich einmal die Aufstellung von Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Vergangenheit und zum anderen die Vorausschätzungen. Mit der Durchführung der erstgenannten Aufgabe ist das Statistische Bundesamt durch das Statistische Gesetz (§ 2, Abs.5) betraut worden. Im Rahmen dieser Aufgabe wird schon seit langem das Sozialprodukt berechnet und veröffentlicht. Weitere Arbeiten sind im Gange (siehe hierzu Überblick über die Arbeiten der Abteilungen). Diese Arbeiten erfordern u.a. eine sehr genaue Kenntnis des statistischen Materials. Vorausschätzungen des Sozialprodukts sind im amtlichen Bereich bisher in erster Linie im interministeriellen Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Bilanzen" vorgenommen worden. Die Brauchbarkeit solcher Vorausschätzungen hängt ab erstens von einer sehr eingehenden Kenntnis aller wichtigen Größen und Zusammenhänge im Wirtschaftsablauf in Gegenwart und Vergangenheit (u.a. der produktionstechnischen Zusammenhänge, der Verhaltensweisen der wirtschaftenden Einheiten usw.) und zweitens von der Güte der Annahmen, die für die Zukunft gemacht werden (z.B. Fortdauer der bisherigen Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen oder wichtige Änderungen in technischer, politischer, sozialer Hinsicht usw.). Die erste Voraussetzung ist in der Bundesrepublik in geringerem Maße erfüllt als in vielen anderen Ländern, da das Wirtschaftsgebiet sich durch den Krieg geändert hat und die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die eine geeignete Grundlage für die Darstellung der wirtschaftlichen Zusammenhänge bilden, erst im Aufbau begriffen sind usw.- Unter den gegebenen Umständen können daher Vorausschätzungen im Augenblick nur mit großen Einschränkungen und Vorbehalten vorgenommen werden.

III. Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an internationalen Organisationen und Tagungen (Seiten 13 bis 37)

Der Vorsitzende weist einleitend darauf hin, daß dieser Teil des Berichts rein informatorischer Art ist und zeigen soll, in welchem Ausmaß das Statistische Bundesamt in die Arbeiten internationaler Organisationen eingeschaltet ist. Es handelt sich um Aufgaben und Arbeiten des Statistischen Bundesamtes, die allgemein im Beirat und in den Fachausschüssen nur wenig in Erscheinung treten. Der Beirat bittet für die Zukunft um die gleiche ausführliche Information über die Beteiligung des Amtes an der internationalen Statistik.

B. Bericht der Abteilungen über Probleme ihres Arbeitsgebietes

I. Allgemeine Organisation der Statistik (Seiten 38 bis 45)

Die Rechtsfragen wurden bereits unter Teil A (I. Organisation und Rechtsfragen der Bundesstatistik) behandelt.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels bittet, wenn möglich, für den Handel einen eigenen Fachausschuß zu bilden. Das Statistische Bundesamt gibt zu bedenken, daß die Zahl der Ausschüsse nach Möglichkeit nicht vermehrt werden sollte und daß vor allem die Statistischen Landesämter den Fachausschuß Handels- und Verkehrsstatistik meist mit den gleichen Vertretern besetzen. Es soll jedoch darauf geachtet werden, daß die Bereiche Handel und Verkehr in den Einladungen und Tagesordnungen des Fachausschusses zeitlich klar getrennt werden.

Einige wichtige Fragen der Systematiken (S.34/40) wurden am ersten Sitzungstag besprochen. Der Beirat erklärt sich im übrigen damit einverstanden, daß bei den weiteren Arbeiten an einer Gliederung der Waren nach ökonomisch interessierenden Gesichtspunkten entsprechend den in "Wirtschaft und Statistik" aufgestellten Grundsätzen verfahren wird. Das Statistische Bundesamt wird bei der Übermittlung derartiger Beiträge künftig ausdrücklich darauf hinweisen, daß um eine Stellungnahme gebeten wird. Der Bundesverband der Deutschen Industrie regt an, zur Klärung der Einzelfragen den Fachausschuß Systematiken einzuberufen. Es soll zunächst

die Besetzung des Ausschusses geklärt werden, damit gewährleistet ist, daß das Problem auch in seinen großen Zusammenhängen gesehen wird.

Die mit den Großrechenanlagen (S. 42/43) zusammenhängenden Fragen berühren nicht nur das Statistische Bundesamt und bedürfen daher gemeinsamer eingehender Überlegungen. Nach den in den Vereinigten Staaten von Amerika gesammelten Erfahrungen ist der Einsatz derartiger Anlagen für die Statistik durchaus positiv zu beurteilen, wenn auch der Umfang des Zeitgewinns nicht überschätzt werden darf und die mit der Anlage verbundenen umfangreichen Vorbereitungs- und Programmierarbeiten zu berücksichtigen sind. Die Verwendung elektronischer Rechenmaschinen bietet zwei-erlei Vorteile:

1. eine erhebliche Beschleunigung der Arbeiten, die nach den in den USA gesammelten Erfahrungen in der Größenordnung von 50 % liegen dürfte,
2. einen Gewinn an Rechenkapazität, d.h. die Möglichkeit, in Zukunft zusätzliche Arbeiten durchzuführen, die von dem bisherigen Maschinenpark nicht bewältigt werden konnten.

Den Verbesserungsmöglichkeiten werden allerdings nicht im gleichen Umfang Verbilligungen gegenüberstehen, da die Kosten für die Maschinen relativ hoch sind. Ein besonderes Problem wird auch die laufende Bereitstellung von ausreichendem Material sein. Die vom Statistischen Bundesamt selbst aufbereitete Außenhandelsstatistik würde eine Anlage allein keinesfalls auslasten. Es wird deshalb zu überlegen sein, in welcher Weise für andere Bundesstellen Aufbereitungsarbeiten übernommen werden könnten oder in welchen Fällen der bisherige Arbeitsschnitt zwischen Bundesamt und Landesämtern zu überprüfen wäre. Außerdem wird sich, wie bereits erwähnt, eine große Zahl zusätzlicher Rechen- und Aufbereitungsarbeiten ergeben, wenn die Anlage einmal zur Verfügung steht. Auf lange Sicht gesehen, wird man sich den Entwicklungen, die in allen Ländern zu beobachten sind, nicht entziehen können. Die Frage ist im Hinblick auf die kommende Großzählung schon recht dringlich geworden. Der Einsatz einer Großrechenanlage für das Zählungswerk 1960 soll deshalb noch in diesem Jahr geprüft und spätestens bis Frühjahr 1958 grundsätzlich entschieden werden.

Der Vertreter des Bundesinnenministeriums empfiehlt, die Angelegenheit möglichst aktiv voranzutreiben und die Abgeordneten sowie den Haushaltsausschuß bald zu unterrichten. Der Vertreter des Bundesrechnungshofes teilt mit, daß seine Dienststelle den Auftrag habe, die derzeitigen maschinellen Anlagen auf die Ausnutzung ihrer Kapazität zu überprüfen. Es soll dabei auch festgestellt werden, inwieweit u.a. das Statistische Bundesamt Arbeiten für andere Stellen übernehmen kann.

An der für Herbst 1957 angekündigten Herausgabe eines Statistischen Taschenbuches ist der Beirat sehr interessiert. Der Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums spricht die Anerkennung seines Hauses für die vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Veröffentlichungen (S. 43/45) aus. Er regt an, einen Wegweiser herauszugeben, der dem Benutzer das Zurechtfinden in den vielgestaltigen Veröffentlichungen erleichtert. Hierzu wird auf den Quellennachweis im Jahrbuch, auf das künftig nach Fachgebieten geordnete Veröffentlichungsverzeichnis und auf eine in Vorbereitung befindliche Übersicht über die vorhandenen statistischen Daten im Unternehmensbereich hingewiesen. Das Statistische Bundesamt bittet die Beiratsmitglieder um Anregungen für die Weiterentwicklung der Veröffentlichungen und die künftige Gestaltung des Veröffentlichungsverzeichnisses.

Der Vertreter des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein bittet, den Band 82 "Die Bundesstatistik", der gerade auch für die Statistischen Landesämter von großem Wert ist, künftig jährlich neu herauszugeben. Durch "Ergänzungshefte" allein würde die Übersichtlichkeit nicht mehr gewahrt. Das Statistische Bundesamt teilt mit, daß die "Bundesstatistik" nach dem Stand Ende 1957 etwa Anfang 1958 als neuer Gesamtband erscheinen wird und bittet um Anregungen für die künftige Ausgestaltung. Es ist allerdings fraglich, ob es möglich sein wird, den relativ arbeits- und kostenaufwendigen Gesamtband alle Jahre neu herauszugeben.

II. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Allgemeine Auslandsstatistik (Seiten 45 bis 53)

Das Statistische Bundesamt weist auf die Schwierigkeiten hin, die zu gewissen Terminverschiebungen bei der Revision der Sozialproduktberechnung (S. 45/46) geführt haben. Die Ergebnisse der

Neuberechnung des Sozialprodukts für 1950 bis 1954 werden in etwa 2 Wochen in "Wirtschaft und Statistik" mit einer verhältnismäßig ausführlichen Darstellung der Begriffe, Berechnungsmethoden und -unterlagen erscheinen. In Abständen von jeweils 2 Monaten sollen dann die Berechnungen für 1955 und 1956 fertiggestellt werden. Die Berechnungen können allerdings vorerst nur zu jeweiligen Preisen vorgenommen werden. Für die Berechnung zu konstanten Preisen wird noch eine gewisse Zeit benötigt. Mit der Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ist ebenfalls in diesem Sommer zu rechnen.

Der Vertreter des Hessischen Statistischen Landesamtes teilt ergänzend hierzu mit, daß die von einem Arbeitskreis der Statistischen Landesämter errechneten Länderergebnisse (Entstehung des Sozialprodukts) für 1950 bis 1954 in etwa drei bis vier Monaten, für 1955 bis Ende des Jahres vorliegen werden.

Zu dem allgemeinen Interesse, das der Durchführung weiterer Kostenstrukturerhebungen (S. 50) entgegengebracht und das in der Sitzung nochmals betont wird, weist der Vorsitzende auf die vorher diskutierte Notwendigkeit von Rechtsgrundlagen auch für freiwillige Statistiken hin. Die Durchführung laufender Kostenstrukturerhebungen hängt davon ab, ob das Bundeswirtschaftsministerium bereit ist, die erforderlichen Rechtsgrundlagen zu schaffen.

Der Vertreter des Bundesarbeitsministeriums berichtet, daß sein Ressort infolge der Sozialreform zu einer Ergänzung der statistischen Unterlagen für diesen Fragenkomplex gezwungen ist und daß hierbei auch den Wünschen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen soweit möglich Rechnung getragen werden soll. Das Statistische Bundesamt wird entsprechende Vorschläge rechtzeitig übermitteln. Erwünscht wäre u.a. eine bessere Auswertung der Unterlagen der Sozialversicherungsträger hinsichtlich der Einkommensangaben.

Bei der Auslandsstatistik (S. 52/53) hat sich das Statistische Bundesamt trotz erheblicher personeller Schwierigkeiten bemüht, die Veröffentlichungen weiter auszubauen. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes weist darauf hin, daß die auslandsstatistischen Veröffentlichungen, insbesondere die Länderberichte, für sein Amt besonders wertvoll sind und künftig auch für die deutschen Auslandsvertretungen bezogen werden sollen. Das Auswärtige Amt

bittet dringend, entsprechende Veröffentlichungen auch über die Ostblockstaaten und über China herauszubringen. Der Vorschlag wird besonders vom Bundesverband der Deutschen Industrie unterstützt. Das Statistische Bundesamt hat sich in dieser Hinsicht schon bemüht, jedoch fehlen zur Zeit vor allem noch die hierfür notwendigen Mittel.

III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik (Seiten 53 bis 56)

Die Bodenbenutzungserhebung (S. 53/54) wird aller Voraussicht nach in diesem Jahr auf repräsentativer Grundlage durchgeführt werden. Die Entscheidung ist in Kürze zu erwarten.

Die für Herbst 1957 vorgesehene repräsentative Obstbaumzählung (S. 54) und die auch voraussichtlich in diesem Jahr anlaufende repräsentative Ermittlung der Baumerträge werden zu einer erheblichen Verbesserung der Obsterntestatistik führen.

In Anbetracht der Vereinfachungen, die gerade auf dem Gebiet der Agrarstatistiken in den letzten Jahren erzielt worden sind, werden vor allem die Kommunalen Spitzenverbände gebeten, auf die Gemeinden einzuwirken, daß die verbleibenden statistischen Arbeiten mit der notwendigen Sorgfalt durchgeführt werden.

IV. Industrie- und Handwerksstatistik (Seiten 57 bis 64)

Das Statistische Bundesamt weist auf einen für die gesamte Statistik bedeutsamen Beschluß des Oberlandesgerichtes Celle hin. In einem Bußgeldverfahren hat dieses Gericht entschieden, daß Behörden keine bindenden Termine für die Abgabe von statistischen Meldungen setzen können, wenn die Termine nicht in der Rechtsgrundlage festgelegt sind bzw. die Rechtsgrundlage die Behörden dazu nicht ausdrücklich ermächtigt. Es ist zu befürchten, daß dieses durch Presse und Rundfunk verbreitete Urteil die Auskunftswilligkeit der Firmen und damit die Zuverlässigkeit der Industriestatistik in nächster Zeit beeinträchtigt. Hierzu erklärt der Vertreter des Bundesinnenministeriums, daß es sich bei der genannten Entscheidung zweifellos um einen Rechtsirrtum handelt. Wenn das StatGes u.a. festlegt, daß die Antworten "fristgemäß" zu geben sind, so liegt darin eine Ermächtigung der mit der Durchführung der Erhebungen beauftragten Ämter, Fristen zu stellen. Es besteht

die Hoffnung, daß diese Unklarheit bereinigt werden kann, ehe allzu große Nachteile für die Statistik entstehen. Im übrigen wird daran gedacht, einmal in einer führenden Verwaltungszeitschrift ausführlich über Rechtsfragen der Statistik zu berichten, um gewisse Unklarheiten zu beseitigen, die auch bei den Gerichten immer noch bestehen.

Die Beteiligung an der Erhebung über die Nettoleistung der Industrie 1954 (S. 57/58) war erfreulich gut. Die Ergebnisse des Hauptbogens werden in etwa einem Monat vorliegen, die des Ergänzungsbogens voraussichtlich im Spätsommer dieses Jahres. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß die Schwierigkeiten dieser recht komplizierten Erhebung ohne große Verzögerungen überwunden werden konnten; er dankt allen Beteiligten für ihre Mitarbeit. Zum Vorschlag des Bayerischen Statistischen Landesamtes, bei künftigen Erhebungen dieser Art zur örtlichen Einheit zurückzukehren, wird vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß die Unternehmenseinheit besser die Darstellung der Marktverflechtungen ermöglicht. Der Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums empfiehlt im Interesse der Konsumenten, die Möglichkeiten für die Berücksichtigung der örtlichen Einheit bei künftigen Erhebungen zu untersuchen. Die weitere Diskussion wird bis zur Vorbereitung der nächsten Erhebung zurückgestellt.

Zu den Schwierigkeiten, die bei der Erfassung der beschäftigten Vertriebenen im Rahmen der Zusatzerhebung zum Industriebericht (S. 58/60) entstanden sind, teilt der Vertreter des Bundesvertriebenenministeriums mit, daß die Anregung des Statistischen Bundesamtes, künftig auf die Erfassung der beschäftigten Vertriebenen zu verzichten, geprüft wird.

Der Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums erklärt, daß die Erhebung über die Wasserversorgung der Industrie in zweijährigen Abständen wiederholt werden soll und daher für die Zusatzerhebung 1957 nicht in Betracht kommt.

Die endgültigen Ergebnisse der Erhebung über die Arbeitszeitverhältnisse in der Industrie werden im April vorliegen und in einem Sonderheft veröffentlicht werden. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften hält eine baldige Wiederholung der Erhebung für dringend erwünscht, um die auf diesem Gebiet

lebhaften Entwicklungen verfolgen zu können. Der Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums regt an zu untersuchen, ob man künftig evtl. durch repräsentative Befragung leichter und schneller zum Ziele kommen kann. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß hier ein Musterbeispiel für das zweckmäßige "Anhängen" einer Erhebung an eine bestehende Statistik zu sehen ist.

Die ersten Hauptergebnisse der Handwerkszählung 1956 (S.62) werden im Mai vorliegen, die Gesamtergebnisse voraussichtlich Ende 1957.

Der Vorschlag des Bayerischen Statistischen Landesamtes, den vorläufigen Produktions-Eilbericht (S.62/63) aus Gründen der Kostenersparnis künftig wegfällen zu lassen, soll noch geprüft werden. Auf alle Fälle darf aber der Termin für den Produktionsindex nicht hinausgeschoben werden. In diesem Zusammenhang schlägt der Vorsitzende vor, einheitlich bei allen Indices von der Basis 1950 abzugehen, da dieses Jahr aus besonderen Gründen (Korea-Krise, Nähe der Währungsreform) als Basisjahr ungünstig ist. Der Vorschlag wird allgemein unterstützt und der Übergang auf das Basisjahr 1954 empfohlen. Die Neuberechnung des Index des Produktionsergebnisses je Arbeiterstunde steht kurz vor dem Abschluß; für die einzelnen Industriezweige sollen aus methodischen Gründen nur Jahreszahlen gegeben werden.

V. Handels- und Verkehrsstatistik (Seiten 64 bis 68)

Bei der Außenhandelsstatistik (S.64) wird z.Z. überprüft, ob bei der Darstellung der Ergebnisse vom Spezialhandel auf den Generalhandel übergegangen werden soll. Der Gemeinsame Markt wird sich auf die Außenhandelsstatistik wesentlich auswirken. Die ersten Untersuchungen über die repräsentative Aufbereitung der Anmelde-scheine mit Werten unter 500 DM lassen gewisse Möglichkeiten der Rationalisierung erkennen.

Das künftig für die Binnenschiffahrtsstatistik (S.66) zu verwendende Güterverzeichnis ist im großen und ganzen mit dem von den Vereinten Nationen empfohlenen "Internationalen Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (SITC)" vergleichbar.

Die Ergebnisse einer Gesamtstatistik der Güterbewegung (S.67) für 1955 werden voraussichtlich Ende dieses Jahres oder bald

danach vorliegen.

Zu der geplanten Zählung der Gemeindestraßen (S.67/68) bittet der Vertreter des Deutschen Gemeindetages, den Inhalt des Verordnungsentwurfs mit dem Ergebnis der Fachausschußberatungen abzustimmen und die Angaben über die Breite der Straßen zu streichen.

VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik (Seiten 69 bis 78)

Der Entwurf des Gesetzes über die Preisstatistik (S.69) wurde den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet. Die geplante Erweiterung der Wirtschaftsrechnungen (S.71/72) sowie Einzelheiten der kommenden Gehalts- und Lohnstrukturerhebung (S. 73), an der sich auch das Saarland beteiligen wird, sollen in den nächsten Monaten in den Fachausschüssen beraten werden.

Auf Wunsch des Bundesministeriums für Wohnungsbau weist das Statistische Bundesamt nochmals auf die Einhaltung der mit den Statistischen Landesämtern vereinbarten Liefertermine für die Ergebnisse der allgemeinen und der 10 vH-Erhebung der Wohnungsstatistik 1956/57 (S.74/76) hin. In Vorbereitung der repräsentativen Zusatzserhebung werden z.Z. die Interviewer geschult. Die Erhebung wird termingemäß in der Zeit von März bis Mai dieses Jahres durchgeführt.

Die früher aus verschiedenen Einzelermittlungen zusammengesetzte Statistik der Bewilligungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau (S.76) konnte ab Januar 1957 vereinheitlicht werden und läßt in Zukunft wesentlich verbesserte Ergebnisse erwarten.

VII. Finanz- und Steuerstatistik (Seiten 78 bis 82)

Die Statistischen Landesämter werden gebeten, die Gewerbekennziffer (S.79), deren Einführung sich sehr bewährt hat, auf dem Laufenden zu halten und jede Gelegenheit der Verbesserung wahrzunehmen. Sie wird bei entsprechender Anwendung wesentlich zur Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Statistiken beitragen.

Für die beabsichtigte Durchführung einer Personalstrukturerhebung, die im Gesetz über die Finanzstatistik nicht vorgesehen ist, wird eine Rechtsverordnung benötigt.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks ist an der Einführung einer Gewerbesteuerstatistik stark interessiert. Der Antrag wird vom Vertreter des Bundesinnenministeriums unterstützt, da der Bundesregierung bei der Behandlung entsprechender Fragen im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich die erforderlichen statistischen Unterlagen fehlen.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie bedauert, daß im Rahmen der Lastenausgleichsstatistiken (S.80) bisher keine Erhebung durchgeführt ist, die diese Frage von der Belastungsseite her untersucht. Es wäre interessant zu ermitteln, wie sich die Aufbringung der Lastenausgleichsmittel auf die einzelnen Wirtschaftszweige und Größenklassen der Betriebe verteilt. Die notwendigen Angaben über die Vermögensabgaben könnten aus den Veranlagungsbescheiden entnommen werden.

VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik (Seiten 82 bis 88)

Der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes weist auf die Notwendigkeit hin, Sterbetafeln (S.85) auch für Perioden mit relativ hoher Sterblichkeit aufzustellen. Mit Verbesserung der Fortschreibungsergebnisse der Bevölkerung nach dem Alter wird das Statistische Bundesamt versuchen, nicht nur für die Volkszählungsjahre, sondern häufiger Sterbetafeln zu berechnen.

In der Berufsschulstatistik (S. 87) haben nunmehr alle Länder bis auf ein Land, das seine Ablehnung nochmals überprüfen wird, die Anwendung des Individualzählverfahrens zugesagt, so daß in dieser für die Beurteilung des Berufsnachwuchses wichtigen Erhebung ein bundeseinheitliches Vorgehen möglich erscheint. Das Statistische Bundesamt dankt allen beteiligten Stellen für ihre Unterstützung.

Der Vorsitzende schließt die Tagung und dankt den Beiratsmitgliedern für ihre rege Beteiligung an der Diskussion.